



Koblenz – Magnet am Deutschen Eck:
Die Stadt zum Bleiben.

Auskunft erteilt:	Frau Höger	Amt:	01.01-Büro des Oberbürgermeisters
Tel.:	0261 129 1231	e-mail:	julia.hoeger@stadt.koblenz.de
Koblenz,	15.05.2017		

An alle Mitglieder des Stadtrates

1. Nachtrag

zur Sitzung des Stadtrates am

Donnerstag, den 18.05.2017, 15:00 Uhr,

im historischen Rathaussaal 101, Rathausgebäude I, Willi-Hörter-Platz 1, 56068 Koblenz.

Tagesordnung Nachtrag

Es ist beabsichtigt, die Tagesordnung um folgende Angelegenheiten zu ergänzen:

Öffentliche Sitzung:

Punkt 42: Anfrage der CDU-Fraktion: Erweiterung der Wasserraumbewirtschaftung vom Stadtrat am 06.04.17
Vorlage: AF/0028/2017

Punkt 43: Anfrage der FDP-Fraktion zur Erweiterung des GVZ/A61
Vorlage: AF/0049/2017

Punkt 44: Anfrage der BIZ-Ratsfraktion: Fußgängerzone Altstadt
Vorlage: AF/0050/2017

Punkt 45: Anfrage der CDU-Ratsfraktion: Saufgelage und blinde Zerstörung im Schlosspark
Vorlage: AF/0051/2017

Ich bitte um Aktualisierung Ihrer Beratungsunterlagen.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Bernd Enkirch



Anfrage

Vorlage-Nr.:	AF/0028/2017		Datum:	27.03.2017
Verfasser:	01-CDU-Ratsfraktion	Az:		
Gremienweg:				
06.04.2017	Stadtrat	<input type="checkbox"/>	einstimmig	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	abgelehnt	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	verwiesen	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	Enthaltungen	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	mehrheitlich	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	Kennntnis	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	vertagt	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen	<input type="checkbox"/>
	TOP		öffentlich	
Betreff:	Anfrage der CDU-Fraktion: Erweiterung der Wasserraumbewirtschaftung			

Der Bedarf an Liegeplätzen für die Hotelschiffe im Bereich der Mosel vor der Staustufe ist höher als in der jetzigen Situation gegeben.

Deshalb fragen wir:

1. Welche Gründe stehen einer Erweiterung der Liegeflächen für Hotelschiffe auf der rechten Moselseite entgegen?
2. Welche Maßnahmen müssen ergriffen werden, um eine Verlegung der Frachtschiffe zum linken Moselufer zu ermöglichen?
3. Sollte eine Instandsetzung der Kaimauer nötig sein: Wann ist mit der Instandsetzung zu rechnen?
4. Wurden von der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (WSV) entsprechende Mittel schriftlich beantragt?
5. Wenn ja: Gibt es bereits eine schriftliche Entscheidung der zuständigen Stellen?
6. Trifft es zu, dass die WSV keine Bedenken gegen ein Anlegen von Hotelschiffen in der dritten Reihe hat?
7. Mit welcher Investition wird gerechnet, wenn ein Anlegen in der dritten Reihe durch eine evtl. zusätzliche Stromversorgungsanlage erfolgen soll?



Anfrage

Vorlage-Nr.:	AF/0049/2017		Datum:	09.05.2017	
Verfasser:	07-FDP-Ratsfraktion	Az:			
Gremienweg:					
18.05.2017	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitlich	<input type="checkbox"/> ohne BE	
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis	<input type="checkbox"/> abgesetzt	
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt	<input type="checkbox"/> geändert	
TOP öffentlich		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen		
Betreff: Anfrage der FDP-Fraktion zur Erweiterung des GVZ/A61					

Der Rat hat in seiner Sitzung am 17.03.2016 den gemeinsamen Antrag AT/0017/2016 der CDU und SPD Fraktion zur Erweiterung des GVZ/A61 mehrheitlich beschlossen.

Unter Spiegelstrich 2 wurde dort ein LKW-Verbot zwischen Rübenach und dem GVZ auf der L 125 beantragt.

Die Verwaltung antwortete wie folgt:

„Bezüglich der Maßnahme „LKW-Fahrverbot zwischen Rübenach und GVZ auf der L 125“ ist zunächst eine straßenverkehrsrechtliche Prüfung der Machbarkeit in Abstimmung mit dem Landesbetrieb Mobilität (LBM) erforderlich, so dass hier zur Umsetzung noch keine Aussage getroffen werden kann.“

Unter Spiegelstrich 6 wurde die kurzfristige Inbetriebnahme der Ortsumgehung beantragt, welche die Verwaltung wie folgt beantwortete:

„Die kurzfristige Inbetriebnahme der Ortsumgehung über das bestehende Netz u.a. im Landkreis Mayen-Koblenz ist zunächst mit dem LBM und dem Landkreis weiter zu erörtern und abzustimmen, da ohne deren Einverständnis eine Änderung im klassifizierten Netz und eine entsprechende Beschilderung nicht möglich ist.“

Wenn man auf die Karte schaut, wäre eine kostengünstige Ortsumgehung über die Industriestraße bei AMAZON und Teile der K 66 als Verbindung der L98 und der L 52 möglich. Wie bekannt, ist diese kostengünstige Lösung nicht im Interesse des Landrates des Kreises Mayen-Koblenz, der dafür seine Zustimmung geben müsste.

Die FDP-Fraktion fragt deshalb an:

1. Wann kann endlich das LKW Verbot auf der Aachener Straße umgesetzt werden?
2. Aus welchen Gründen ist dieser Ratsbeschluss bisher noch nicht umgesetzt worden?
3. Wurde diesbezüglich auch mit der Landesregierung Kontakt aufgenommen? Wenn ja mit welchem Ergebnis?

4. Wann kann mit der Ortsumgehung gerechnet werden?
5. Wann wurden die Gespräche mit dem Landrat geführt und welche Bedingungen knüpft er an die kostengünstige Lösung über die K66?
6. Wie ist der aktuelle Planungsstand zur Umgehung und zum LKW Verbot?

Torsten Schupp
(Fraktionsvorsitzender)



Anfrage

Vorlage-Nr.:	AF/0050/2017		Datum:	11.05.2017			
Verfasser:	04-BIZ-Ratsfraktion	Az:					
Gremienweg:							
18.05.2017	Stadtrat	<input type="checkbox"/>	einstimmig	<input type="checkbox"/>	mehrheitlich	<input type="checkbox"/>	ohne BE
		<input type="checkbox"/>	abgelehnt	<input type="checkbox"/>	Kenntnis	<input type="checkbox"/>	abgesetzt
		<input type="checkbox"/>	verwiesen	<input type="checkbox"/>	vertagt	<input type="checkbox"/>	geändert
	TOP		öffentlich	<input type="checkbox"/>	Enthaltungen	<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen
Betreff:							
Anfrage der BIZ-Ratsfraktion: Fußgängerzone Altstadt							

Mehlgasse, Gemüsegasse und Etzegässchen sind, nach der Beschilderung zu urteilen, als Fußgängerzone ausgewiesen.

Die vom Stadtrat beschlossene Änderung der Andienungszeit in der Altstadt umfasst die Mehlgasse und Gemüsegasse nicht. Demnach ist weiterhin die Regelung in Kraft, dass die genannten Straßen nur von 7.00 bis 11.00 Uhr befahren werden dürfen.

Während in der Gemüsegasse ab 11.00 ein Absperrpoller hochgefahren wird und eine großzügige Beschilderung beidseitig angebracht ist, gibt es nichts Vergleichbares für die Mehlgasse. Zwei kleine Schilder am Beginn Richtung Liebfrauenkirche werden immer häufiger übersehen.

Seit der neu angebrachten Beschilderung gegenüber der Liebfrauenkirche am Eingang zur Mehlgasse Richtung Florinsmarkt ist ein zunehmender Autoverkehr während des gesamten Tages als Durchgangsverkehr in beide Richtungen der Mehlgasse zu beobachten.

Zudem werden Mehlgasse und der Platz neben dem Pfefferminzje, also Etzegässchen, immer häufiger als Parkzone genutzt, auch für mehrere Stunden, vor allem nach 11.00 Uhr.

Die Mehlgasse ist eine der schönsten Gassen in Koblenz mit den originären Häuserfassaden, die es verdienen, als Denkmale geschützt zu werden und nicht durch die Abgase unsinniger Autofahrten gefährdet zu werden.

Die BIZ-Fraktion fragt:

1. Welchen Status haben Mehlgasse und Etzegässchen für die Verkehrsführung der Stadt?
2. Ist es richtig, dass in der Fußgängerzone, wie der Name schon sagt, Parken nicht erlaubt ist?
3. Welche Gründe gibt es, den zunehmenden Verkehr und das Parken in der Mehlgasse zu dulden?
4. Wie will die Verwaltung Abhilfe schaffen?



Anfrage

Vorlage-Nr.:	AF/0051/2017		Datum:	11.05.2017	
Verfasser:	01-CDU-Ratsfraktion	Az:			
Gremienweg:					
18.05.2017	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitlich	<input type="checkbox"/> ohne BE	
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis	<input type="checkbox"/> abgesetzt	
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt	<input type="checkbox"/> geändert	
TOP öffentlich		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen		
Betreff:	Anfrage der CDU-Ratsfraktion: Saufgelage und blinde Zerstörung im Schlosspark				

In den letzten Wochen häuft sich im Koblenzer Schlosspark das Treiben von offenbar blinder Zerstörungswut. Besonders sauer über die Vorfälle einen Tag vor Eröffnung der Koblenzer Gartenkulturen sind die Freunde der Bundesgartenschau, die die Staudenbeete vor dem Schloss pflegen, und mit deren finanzieller Unterstützung die Bänke für die Lange Tafel angeschafft werden konnten.

Auch für 40.000 € wurden Orangen- und Zitronenbäume samt Kübeln angeschafft, die mutwillig umgekippt wurden. Ebenso wurden Tische der langen Tafel mit roher Gewalt aus den Verankerungen gerissen usw.

Wir fragen die Verwaltung:

Gibt es Pläne seitens der Verwaltung bzw. der Polizei, dieser Zerstörungswut Einhalt zu gebieten?